

No. 35391

**Paraguay
and
Germany**

Treaty between the Republic of Paraguay and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of capital investments (with protocol). Asunción, 11 August 1993

Entry into force: *3 July 1998 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 13*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Paraguay, 31 December 1998*

**Paraguay
et
Allemagne**

Traité entre la République du Paraguay et la République fédérale d'Allemagne relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements du capital (avec protocole). Asunción, 11 août 1993

Entrée en vigueur : *3 juillet 1998 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 13*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Paraguay, 31 décembre 1998*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Vertrag

zwischen

der Republik Paraguay

und

der Bundesrepublik Deutschland

über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von

Kapitalanlagen

Die Republik Paraguay
und
die Bundesrepublik Deutschland

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff "Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;

- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

- 2. bezeichnet der Begriff "Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
- 3. bezeichnet der Begriff "Staatsangehörige"
 - in bezug auf die Republik Paraguay: natürliche Personen, die gemäß der nationalen Verfassung und den übrigen einschlägigen in ihrem Hoheitsgebiet geltenden Rechtsvorschriften als solche zu bezeichnen sind,
 - in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- 4. bezeichnet der Begriff "Gesellschaften"
 - in bezug auf die Republik Paraguay: jede gemäß den Gesetzen und Vorschriften der Republik Paraguay gegründete juristische Person, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Paraguay hat,

in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede
Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft
oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlich-
keit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bun-
desrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre
Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapital-
anlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen
Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalan-
lagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu-
lassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und
billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung,
den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von
Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertrags-
partei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch will-
kürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem
Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von
Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertrags-
partei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der
eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalan-
lagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter
Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und im öffentlichen Interesse und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen durchschnittlichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt

der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rück-erstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in

Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Mona-

dem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Da beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten sind, kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so kann der Staatsangehörige oder die Gesellschaft die Meinungsverschiedenheit sowohl der nationalen Gerichtsbarkeit der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage getätigt wurde, als auch zu jedem Zeitpunkt einem internationalen Schiedsverfahren unterbreiten. Im letzteren Fall gilt das vor den Gerichten anhängige Verfahren als erledigt. Sofern Streit-schlichtung durch ein Schiedsgericht angestrebt wird und die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Asunción am elften August neunzehnhundertdreiundneunzig
in zwei Urschriften, jede in spanischer und deutscher Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Republik Paraguay



Für die
Bundesrepublik Deutschland



Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Paraguay und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt. Der Vertrag findet keine Anwendung auf Investoren, die Staatsangehörige beider Vertragsparteien sind.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) In bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt der Vertrag auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als "Betätigung" im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die weniger günstige Behandlung beim Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszuweiten.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und

sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als "unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt nicht für Meinungsverschiedenheiten und Streitfälle, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

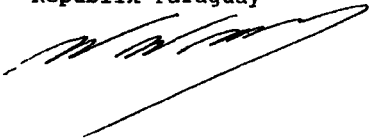
(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;

- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Asunción am elften August neunzehnhundertdreiundneunzig
in zwei Urschriften, jede in spanischer und deutscher Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Republik Paraguay



Für die
Bundesrepublik Deutschland



[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

T R A T A D O
ENTRE
LA REPUBLICA DEL PARAGUAY
Y
LA REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA
SOBRE
FOMENTO Y RECIPROCA PROTECCION DE INVERSIONES DE CAPITAL



La República del Paraguay

y

La República Federal de Alemania

ANIMADAS del deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados,

CON EL PROPOSITO de crear condiciones favorables para las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de uno de los dos Estados en el territorio del otro Estado,

...///...

...///...

-2-

RECONOCIENDO que el fomento y la protección mediante tratado de esas inversiones de capital pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

HAN CONVENIDO lo siguiente:

ARTICULO 1

Para los fines del presente Tratado:

- (1) el concepto de "Inversiones de capital" comprende toda clase de bienes en especial:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, tales como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades;
 - c) derechos a fondos empleados para crear un valor económico o a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) derechos de propiedad intelectual, especialmente, derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, diseños y modelos industriales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, know-how y valor llave;
 - e) concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de prospección y explotación;

las modificaciones en la forma de inversión de los bienes no afectan a su carácter de inversiones de capital;

...///...

...///...

-3-

- (2) el concepto de "rentas" designa aquellas cantidades que corresponden a una inversión de capital por un período determinado, como participaciones en los beneficios, dividendos, intereses, derechos de licencia o de otra índole;
- (3) el concepto de "nacionales" designa:
- con referencia a la República del Paraguay:
las personas físicas que de acuerdo con la Constitución Nacional y demás normas vigentes sobre la materia en su territorio, son consideradas nacionales de la misma;
 - con referencia a la República Federal de Alemania:
los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania
- (4) el concepto de sociedades designa:
- con referencia a la República del Paraguay:
toda persona jurídica constituida de conformidad con las leyes y reglamentaciones de la República del Paraguay y que tenga su sede en el territorio de la República del Paraguay.
 - con referencia a la República Federal de Alemania:
todas las personas jurídicas, así como todas las sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personería jurídica que tengan su sede en el territorio de la República Federal de Alemania, independientemente de que su actividad, tenga o no fines lucrativos;

...///...

...///...

-4-

ARTICULO 2

- (1) Cada una de las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes, permitirá, dentro de su respectivo territorio, las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, promoviéndolas en lo posible. En todo caso tratará justa y equitativamente las inversiones de capital.
- (2) Ninguna de las Partes Contratantes perjudicará en su territorio la administración, la utilización, el uso o el goce de las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.



- (1) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio las inversiones de capital que sean propiedad o estén bajo la influencia de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de capital de los propios nacionales y sociedades o a las inversiones de capital de nacionales y sociedades de terceros Estados.
- (2) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones de capital, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.
- (3) Dicho trato no se refiere a los privilegios que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio, o a causa de su asociación con tales agrupaciones.

...///...

-5-

- (4) El trato acordado por el presente Artículo no se refiere a las ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.

ARTICULO 4

- (1) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de plena protección y seguridad en el territorio de la otra Parte Contratante.
- (2) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas, o sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan a expropiación o nacionalización, más que por causas de utilidad e interés públicos, y deberán, en tal caso, ser indemnizadas. La indemnización deberá corresponder al valor de la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación efectiva o inminente, la nacionalización o la medida equiparable. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago, según el tipo usual promedio de interés bancario; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, deberán haberse tomado debidamente disposiciones para fijar y satisfacer la indemnización. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, y la cuantía de la indemnización, deberán ser comprobables en procedimiento judicial ordinario.

...///...

...///...

-6-

- (3) Los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones de capital por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio de la otra Parte Contratante, no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades deberán ser libremente transferibles.
- (4) En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente Artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán, en el territorio de la otra Parte Contratante, del trato de la nación más favorecida.



Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia de los pagos relacionados con una inversión de capital, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión de capital;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) del producto de la inversión de capital en caso de liquidación o enajenación total o parcial;
- e) de las indemnizaciones previstas en el Artículo 4.

...///...

...///...

-7-

ARTICULO 6

Si una Parte Contratante realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada para una inversión de capital en el territorio de la otra Parte Contratante, ésta, sin perjuicio de los derechos que en virtud del Artículo 10 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá el traspaso de todos los derechos de estos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea, por disposición legal o por acto jurídico. Además, la otra Parte Contratante reconocerá la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos derechos (derechos transferidos), los cuales ésta estará autorizada a ejercer en la misma medida que el titular anterior. Para la transferencia de los pagos en virtud de los derechos transferidos regirán mutatis mutandis los párrafos 2 y 3 del Artículo 4 y el Artículo 5.



- (1) Las transferencias, conforme al párrafo 2 ó 3 del Artículo 4, al Artículo 5 o al Artículo 6 se efectuarán sin demora, a la cotización vigente en cada caso.
- (2) Dicha cotización deberá coincidir con el tipo cruzado resultante de los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicaría si en la fecha del pago cambiara las monedas de los países interesados en derechos especiales de giro.

ARTICULO 8

- (1) Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, o de obligaciones emanadas del derecho internacional al margen del presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o

...///...

...///...

-8-

especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

- (2) Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

ARTICULO 9

El presente Tratado se aplicará también a las inversiones de capital efectuadas antes de la entrada en vigor del mismo por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante, conforme a las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en el territorio de esta última.



- (1) Las divergencias que surgieren entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán, en lo posible, ser dirimidas por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes.
- (2) Si una divergencia no pudiere ser dirimida de esa manera, será sometida a un tribunal arbitral a petición de una de las Partes Contratantes.
- (3) El tribunal arbitral será constituido ad-hoc; cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado, que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, el Presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra que desea someter la divergencia a un tribunal arbitral.

...///...

...///...

-9-

- (4) Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las dos Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de una de las Partes Contratantes, efectuar los nombramientos.

- (5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones son obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por ambas Partes Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar un reglamento diferente en lo que concierne a los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

- (6) Dado que ambas Partes Contratantes son también Estados Contratantes del Convenio sobre arreglo de diferencias relativas a inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados, suscripto en Washington D.C., el 18 de marzo de 1965, no se podrá, en atención a la disposición del párrafo 1 del Artículo 27 de dicho Convenio, acudir al tribunal arbitral arriba previsto cuando el nacional o la sociedad de una Parte Contratante y la otra Parte Contratante hayan llegado a un acuerdo conforme al Artículo 25 del Convenio. No quedará afectada la posibilidad de acudir al tribunal arbitral arriba previsto en el

...///...

...///...

-10-

caso de que no se respete una decisión del Tribunal de Arbitraje del mencionado Convenio (Artículo 27), o en el caso de traspaso por disposición legal o por acto jurídico, conforme al Artículo 6 del presente Tratado.

ARTICULO 11

- (1) Las divergencias que surgieren entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante en relación con las inversiones de capital, deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas entre las partes en litigio.
- (2) Si una divergencia no pudiera ser dirimida dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes en litigio la haya hecho valer, el nacional o la sociedad podrá someter la controversia tanto a la jurisdicción nacional de la Parte Contratante, en cuyo territorio se realizó la inversión, como así también, en todo momento, al arbitraje internacional. En este último caso, quedará desistida la acción judicial iniciada ante los tribunales. En la medida en que se aspire a dirimir la divergencia ante un tribunal arbitral y las partes en litigio no lleguen a un arreglo en otro sentido, las divergencias se someterán a un procedimiento arbitral conforme al Convenio sobre arreglo de diferencias relativas a inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados, suscripto en Washington D.C., el 18 de marzo de 1965.
- (3) El laudo arbitral será obligatorio y no podrá ser objeto de otros recursos o demás acciones legales que los previstos en el mencionado Convenio. Se ejecutará con arreglo al derecho interno.

...///...

...///...

-11-

- (4) La Parte Contratante implicada en el litigio no alegará durante un procedimiento arbitral o la ejecución de un laudo arbitral el hecho de que el nacional o la sociedad de la otra Parte Contratante haya recibido una indemnización resultante de un seguro por una parte del daño o por el daño total.

ARTICULO 12

El presente Tratado regirá independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre las Partes Contratantes.



- (1) El presente Tratado será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados a la mayor brevedad posible en Bonn.
- (2) El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que sea denunciado por escrito por una de las Partes Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, el Tratado podrá denunciarse en cualquier momento, con un preaviso de doce meses.
- (3) Para inversiones de capital realizadas hasta el momento de expiración del presente Tratado, las disposiciones de los Artículos 1 al 12 seguirán rigiendo durante los veinte años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Tratado.

...///...

...///...

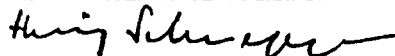
-12-

HECHO en Asunción, el once de agosto de mil novecientos noventa y tres, en dos ejemplares, cada uno en lengua española y alemana, siendo ambos textos igualmente auténticos.

POR EL GOBIERNO DE LA
REPUBLICA DEL PARAGUAY



POR EL GOBIERNO DE LA
REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA



Protocolo

En el acto de la firma del Tratado entre la República del Paraguay y la República Federal de Alemania, sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones de Capital, los infrascriptos plenipotenciarios han adoptado además las siguientes disposiciones, que se considerarán como parte integrante del Tratado:

(1) Ad Artículo 1

- a) Las rentas de una inversión de capital y, en el caso de su reinversión, también las rentas de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.
- b) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por las autoridades competentes de la respectiva Parte Contratante. El Tratado no se aplicará a los inversores que sean nacionales de ambas Partes Contratantes.

(2) Ad Artículo 2

- a) Gozarán de la plena protección del Tratado las inversiones de capital que, de acuerdo con las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, hayan sido realizadas en el territorio de esta Parte Contratante por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante.
- b) En relación a la República Federal de Alemania, el Tratado regirá también en las áreas de la zona económica exclusiva y de la plataforma continental siempre que el Derecho Internacional conceda el ejercicio de derechos de soberanía o jurisdicción en estas áreas.

...///...

...///...

(3) Ad Artículo 3

- a) Como "actividades" en el sentido del párrafo 2 del Artículo 3, se considerarán especial pero no exclusivamente, la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión de capital. Se considerará especialmente como "trato menos favorable" en el sentido del Artículo 3: el trato menos favorable en la adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles, así como medios de producción y de explotación de todas clases, el trato desigual en caso de la obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos. No se considerarán como "trato menos favorable", en el sentido del Artículo 3, las medidas que se tomen por razones de seguridad y orden público, sanidad pública o moralidad.
- b) Las disposiciones del Artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales, que según las leyes tributarias sólo se conceden a las personas naturales y sociedades residentes en su territorio, a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio de la otra Parte Contratante.
- c) Las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de una de las Partes Contratantes que, en relación con una inversión de capital, quieran entrar en el territorio de la otra Parte Contratante; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión de capital, quieran entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente se tramitarán con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.

...///...

(4) Ad Artículo 4

El derecho a indemnización se da aun en caso de que se intervenga a través de medidas estatales en la empresa objeto de la inversión de capital, y, como consecuencia de ello, se produzca un considerable perjuicio para la sustancia económica de la misma.

(5) Ad Artículo 7

Una transferencia se considera realizada "sin demora", en el sentido del párrafo 1 del Artículo 7, cuando se ha efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de entrega de la correspondiente solicitud.

(6) Ad Artículo 9

El presente Tratado no se aplicará a las divergencias o litigios surgidos antes de su vigencia.

(7) Respecto a los transportes de mercancías y personas en relación con inversiones de capital, cada una de las Partes Contratantes no excluirá ni pondrá trabas a las empresas de transporte de la otra Parte Contratante y, en caso necesario, concederá autorizaciones para la realización de los transportes. Quedan comprendidos los transportes de:

- a) mercancías destinadas directamente a una inversión de capital en el sentido del Tratado, o adquiridas en el territorio de una Parte Contratante o de un tercer Estado por una empresa o por encargo de una empresa en la que haya capital invertido en el sentido del Tratado;

...///...

...///...

- b) personas que viajen en relación con una inversión de capital.

HECHO en Asunción, el once de agosto de mil novecientos noventa y tres en dos ejemplares, cada uno en lengua española y alemana, siendo ambos textos igualmente auténticos.

POR EL GOBIERNO DE LA REPUBLICA DEL PARAGUAY POR EL GOBIERNO DE LA REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA



[TRANSLATION - TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE REPUBLIC OF PARAGUAY AND THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY CONCERNING THE PROMOTION AND RE-
CIPROCAL PROTECTION OF CAPITAL INVESTMENTS

The Republic of Paraguay and the Federal Republic of Germany,
Desiring to intensify economic cooperation between the two States,
Intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies
of either State in the territory of the other State,

Recognizing that the promotion and contractual protection of such investments are apt
to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of the two nations,

Have agreed as follows:

Article I

For the purposes of this Treaty:

(1) The term "investments" shall comprise every kind of asset, in particular:

(a) Movable and immovable property as well as any rights in rem such as mortgages,
liens and pledges;

(b) Shares of companies and other kinds of interest;

(c) Claims to money which has been used to create an economic value or claims to any
performance having an economic value;

(d) Intellectual property rights, particularly copyrights, patents, utility models, indus-
trial designs and models, trademarks, secret industrial and commercial tradenames, techno-
logical processes, know-how and goodwill;

(e) Business concessions under public law, including concessions for prospection and
exploitation;

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classifica-
tion as an investment;

(2) The term "returns" shall mean the amounts yielded by an investment for a definite
period as profit, dividends, interest, license or other fees;

(3) The term "nationals" shall mean:

With respect to the Republic of Paraguay:

Natural persons who, under the National Constitution and other norms in force in that
connection in its territory, are regarded as nationals of that country;

With respect to the Federal Republic of Germany:

Germans within the meaning of Basic Law of the Federal Republic of Germany;

(4) The term "companies" shall mean:

With respect to the Republic of Paraguay:

Any juridical person under the laws and regulations of the Republic of Paraguay having its seat in the territory in the Republic of Paraguay;

With respect to the Federal Republic of Germany:

Any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall, in accordance with its legislation, permit in its territory investments of capital by nationals or companies of the other Contracting Party and promote such investments as far as possible. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall, through arbitrary or discriminatory measures, prejudice the management, maintenance, use and enjoyment in its territory of the investments of nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or influenced by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party in its territory, insofar as their investment related activities are concerned, to treatment less favourable than it accords to its own nationals and companies or to nationals and companies of any third State.

(3) Such treatment shall not extend to privileges which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States on account of their membership in or association with a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this article shall not refer to privileges granted by either Contracting Party to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection as well as security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized, or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party, except for the public benefit and against compensation. Compensation shall be equivalent to the value of the investment expropriated immediately before the date of actual impending expropriation, nationalization or comparable measure was publicly announced.

The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be actually realizable and freely transferable. Appropriate measures must be taken by the time of expropriation, nationalization or comparable measure, at the latest, to determine the amount of compensation and to pay it. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded by such other Contracting Party treatment no less favourable than that which that Party accords to its own nationals or companies as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this article.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to the nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments connected with an investment, especially:

- (a) Of the capital and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) Of the returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of the proceeds from the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) Of the compensation provided for in article 4.

Article 6

If either Contracting Party makes payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim from such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments by virtue of such assignment, article 4, paragraphs 2 and 3, as well as article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

(1) Transfers pursuant to article 4, paragraph 2 or 3, article 5, or article 6 shall be made without delay at the rate in effect in each case.

(2) Such a rate shall coincide with the cross rate resulting from the exchange rates which the International Monetary Fund would apply if, at the time of payment, the currencies of the countries concerned were converted into special drawing rights.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligations it may have entered into with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

Article 10

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President shall make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party, or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and representatives in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) As both Contracting Parties are also parties to the Convention on the settlement of investment disputes between States and nationals of other States, signed at Washington, D.C. on 18 March 1965, the arbitral tribunal provided for above may, in consideration of the provisions of article 27, paragraph 1, of the said Convention, not be appealed to where agreement has been reached between the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party under article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitral tribunal in the event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention (article 27) is not complied with or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in article 6 of this Treaty.

Article 11

(1) Disputes between either Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party in connection with investments should as far as possible be settled amicably between the Parties to the dispute.

(2) If a dispute cannot be settled within six months from the date on which it has been raised by either Party to the dispute, the national or company may submit the dispute either to the national jurisdiction of the Contracting Party in whose territory the investment was made or, alternatively, at any time, to international arbitration. In the latter case, the judicial action initiated in the courts shall be discontinued. Provided there is a desire to settle the dispute before an arbitral tribunal and provided the parties in litigation do not agree on a different arrangement, the dispute shall be submitted to an arbitral procedure in accordance with the Convention of 18 March 1965 on the settlement of investment disputes between States and nationals of other States.

(3) The arbitral award shall be binding and may not be the subject of further recourse or of legal action other than as provided for in the said Convention. The award shall be executed in accordance with domestic law.

(4) The Contracting Party involved in the litigation shall not plead, during an arbitral procedure or at the time of execution of an arbitral award, the fact that a national or company of the other Contracting Party has received compensation as a result of insurance against part or all of the damage.

Article 12

This Treaty shall be effective irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 13

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Bonn.

(2) This Treaty shall enter into force one month from the date of the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of 10 years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party 12 months before its expiration. After 10 years, the Treaty may be denounced at any time, with 12 months' prior notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, articles 1 to 12 shall continue to be effective for a further period of 20 years from the date of termination of this Treaty.

Done at Asunción on 11 August 1993, in two originals in the Spanish and German languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Paraguay:

ALEXIS FRUTOS VAESKEN

For the Federal Republic of Germany:

HEINZ SCHNEPPEN

PROTOCOL

On signing the Treaty between the Republic of Paraguay and the Federal Republic of Germany concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Capital Investments, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions which shall be regarded as an integral part of the said Treaty:

(1) Ad article 1

(a) Returns from the investment, and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom, shall enjoy the same protection as the investment.

(b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular, any person in possession of a passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Party. The Treaty shall not apply to investors who are nationals of both the Contracting Parties.

(2) Ad article 2

(a) Investments made, in accordance with the laws and regulations of either Contracting Party, within the territory of that Party by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of this Treaty.

(b) With respect to the Federal Republic of Germany, this Treaty shall be effective also in the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf, provided that international law permits the exercise of the rights of sovereignty or jurisdiction in those areas.

(3) Ad article 3

(a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of article 3, paragraph 2: the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of article 3: less favourable treatment in the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treatment in the case of impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of article 3.

(b) The provisions of this article do not obligate a Contracting Party to extend tax privileges, exemptions and relief accorded only to natural persons and companies resident in its territory in accordance with its tax laws also to natural persons and companies resident in the territory of the other Contracting Party.

(c) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to nationals of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Application for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(4) Ad article 4

A claim to compensation shall also exist when it arises from state intervention in the company in which the investment is made as a consequence of which such company's economic substance is severely impaired.

(5) Ad article 7

A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of article 7, paragraph 1, if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period, which may not in any case exceed two months, shall begin at the time when the respective request is transmitted.

(6) Ad article 9

This Treaty shall not apply to disagreements or legal action that arose before its entry into force.

(7) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of:

(a) Goods directly intended for an investment within the meaning of this Treaty or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of this Treaty are invested;

(b) Persons travelling in connection with an investment.

Done at Asunción on 11 August 1993, in two originals, in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Paraguay:

ALEXIS FRUTOS VAESKEN

For the Federal Republic of Germany:

HEINZ SCHNEPPEN

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE DU PARAGUAY ET LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF À LA PROMOTION ET À LA
PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

La République du Paraguay et la République fédérale d'Allemagne,
Animées du désir d'intensifier la collaboration économique entre les deux États,
Entendant créer des conditions favorables aux investissements des ressortissants et des
sociétés de chacun des États sur le territoire de l'autre,

Reconnaissant que l'encouragement et la protection de ces investissements au moyen
d'un traité sont de nature à stimuler l'initiative économique privée et à accroître la prospérité
des deux peuples,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Aux fins du présent Traité :

1. Le terme "investissement" comprend toute classe de biens, notamment :

- a) La propriété des biens et immeubles, ainsi que tous autres droits réels, tels qu'hypothèques, nantissements et gages;
- b) Les droits de participation dans des sociétés et autres formes de participation dans des sociétés;
- c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur économique ou portant sur toute prestation ayant une valeur économique;
- d) Les droits de propriété intellectuelle et spécialement les droits d'auteur, les brevets, dessins et modèles, ou de propriété industrielle, telles que marques de fabrique, noms commerciaux, secrets de fabrication, procédés techniques, savoir-faire et clientèle;
- e) Les concessions de droit public, y compris les concessions relatives à la prospection, l'extraction et l'exploitation de ressources naturelles.

Les modifications du mode de placement des avoirs ne portent pas atteinte à leur qualité d'investissement;

2. Le terme "revenus" désigne les sommes rapportées par un investissement pendant une période donnée, telles que participation aux bénéfices, dividendes, intérêts, redevances ou autres rémunérations du capital;

3. Le terme "ressortissants" désigne :

En ce qui concerne la République du Paraguay :

Les personnes physiques qui, conformément à la Constitution nationale et aux autres normes en vigueur en la matière sur son territoire, sont considérées comme des ressortissants de celle-ci;

En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

Les Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

4. Le terme "sociétés" désigne :

En ce qui concerne la République du Paraguay :

Toutes les personnes morales constituées en vertu des lois et règlements de la République du Paraguay et qui ont leur siège sur le territoire de la République du Paraguay;

En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

Toutes les personnes morales ainsi que toutes les sociétés commerciales et autres, dotées ou non de la personnalité juridique, qui ont leur siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, que leur activité ait ou non des fins lucratives.

Article 2

1. Chacune des Parties contractantes autorise à l'intérieur de son territoire respectif, conformément à ses dispositions légales en vigueur, les investissements de nationaux ou de sociétés de l'autre Partie contractante, et les encourage autant que possible. Elle accorde en tout état de cause un traitement juste et équitable auxdits investissements.

2. Aucune des Parties contractantes ne portera préjudice sur son territoire à l'administration, à l'utilisation, à l'emploi ou à la jouissance des investissements par des nationaux ou des sociétés de l'autre Partie contractante, par le moyen de mesures arbitraires ou discriminatoires.

Article 3

1. Aucune des Parties contractantes ne soumettra sur son territoire les investissements appartenant à des ressortissants ou à des sociétés de l'autre Partie contractante, ou contrôlés par eux, à un traitement moins favorable que celui qui est accordé aux investissements de ses propres nationaux et sociétés ou à des investissements de ressortissants et de sociétés d'États tiers.

2. Aucune des Parties contractantes ne soumettra sur son territoire les ressortissants ou les sociétés de l'autre Partie contractante, en ce qui concerne leurs activités liées aux investissements, à un traitement moins favorable que celui qui est accordé à ses propres ressortissants et sociétés ou à des ressortissants et sociétés d'États tiers.

3. Ce traitement ne s'applique pas aux privilèges qu'une Partie contractante accorde aux ressortissants ou aux sociétés de pays tiers pour participer à une union douanière ou économique, à un marché commun, à une zone de libre échange ou en raison de son association avec de tels groupements.

4. Le traitement accordé par le présent article ne vise pas les avantages qu'une Partie contractante pourrait accorder aux ressortissants ou aux sociétés d'États tiers en vertu d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords en matière fiscale.

Article 4

1. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

2. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante ne font pas l'objet, sur le territoire de l'autre Partie contractante, de mesures d'expropriation, de nationalisation ou d'autres mesures dont les conséquences équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique et moyennant le versement d'une indemnité. L'indemnisation doit être de valeur équivalente à celle qu'avait l'investissement faisant l'objet de l'expropriation immédiatement avant la date à laquelle il aura été annoncé publiquement que la nationalisation ou la mesure équivalente sont effectives ou imminentes. L'indemnité devra être versée sans délai et sera productrice d'intérêts jusqu'à la date du paiement en fonction du type d'intérêts bancaires usuels accumulés; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Si la date de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures équivalentes est plus lointaine, les dispositions voulues devront être prises pour fixer le montant de l'indemnisation et en effectuer le versement. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou autres mesures équivalentes, et le montant de l'indemnisation doivent pouvoir faire l'objet d'une vérification au cours d'une procédure judiciaire régulière.

3. Les ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes dont les investissements subissent un préjudice du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie contractante, bénéficient de la part de cette autre Partie contractante d'un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres ressortissants ou sociétés en matière de restitutions, de dédommagements, d'indemnités ou autres modes de règlements. Ces montants seront librement transférables.

4. En ce qui concerne les questions de réglementation dans le cadre du présent article, les ressortissants ou sociétés de chacune des Parties contractantes bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 5

Chaque Partie contractante garantira aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements en rapport avec un investissement, notamment :

- a) Le capital et les fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Les revenus;
- c) Le remboursement des prêts;
- d) Le produit de l'investissement en cas de liquidation ou d'aliénation totale ou partielle;
- e) Les indemnités prévues à l'article 4.

Article 6

Si une des Parties contractantes verse un montant quelconque à l'un de ses propres ressortissants ou sociétés, soit en vertu d'une garantie donnée à un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice du droit que confère à la première Partie l'article 10, la cession de tout droit ou créance de ce ressortissant ou de cette société à la première Partie, que ce soit en application d'une loi ou en vertu d'une transaction légale. La deuxième Partie contractante reconnaît en outre que la première est subrogée dans lesdits droits et créances et qu'elle est habilitée à les exercer ou à les poursuivre dans la même mesure que son prédécesseur en titre. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et l'article 5 sont applicables, mutatis mutandis, au transfert des paiements à effectuer en vertu des droits transférés.

Article 7

1. Les transferts conformément aux paragraphes 2 ou 3 de l'article 4, à l'article 5 ou à l'article 6 seront effectués sans retard au cours en vigueur dans chaque cas.

2. Ce cours devra coïncider avec le taux croisé résultant des types de changes qui seraient appliqués par le Fonds monétaire international s'il convertissait, à la date du paiement, les monnaies des pays intéressés en droits de tirage spéciaux.

Article 8

1. S'il résulte des dispositions législatives de l'une des Parties contractantes ou d'obligations, actuelles ou futures, découlant du droit international en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière en vertu de laquelle doit être accordé aux investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie contractante, un traitement plus favorable que celui qui est prévu dans le présent Traité, ladite réglementation prévaut sur le présent Traité, dans la mesure où elle est plus favorable.

2. Chaque Partie contractante observe toute autre obligation qu'elle a pu contracter en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 9

Le présent Traité s'applique également aux investissements effectués avant son entrée en vigueur par des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre, conformément à la législation de cette dernière.

Article 10

1. Les différends qui surgiraient entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Traité, devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable par les Gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Si un différend ne peut être résolu de cette manière, il sera soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral sera constitué sur une base ad hoc; chaque Partie contractante désignera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour désigner en tant que président un ressortissant d'un État tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres du tribunal sont nommés dans un délai de deux mois, et le président dans un délai de trois mois, à compter de la date à laquelle l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais prescrits au paragraphe 3 ci-dessus n'ont pas été observés, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut, en l'absence de tout autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un ressortissant de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est empêché pour toute autre raison de s'acquitter de cette fonction, il appartient au Vice-Président de procéder aux nominations voulues. Si le Vice-Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est lui aussi empêché de s'acquitter de cette fonction, le membre immédiatement de rang inférieur de la Cour internationale de Justice, et qui n'est le ressortissant d'aucune des Parties contractantes, procède aux nominations voulues.

5. Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire. Chacune des Parties contractantes supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale, les frais afférents au Président du tribunal et les autres frais sont répartis à parts égales entre les Parties contractantes. Le tribunal arbitral peut ordonner une répartition différente des frais. A tous autres égards, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

6. Étant donné que les deux Parties contractantes sont également parties à la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, signée à Washington, D.C. le 18 mars 1965, il ne peut être fait appel au tribunal arbitral visé ci-dessus, en vertu des dispositions du paragraphe 1) de l'Article 27 de ladite Convention, si le ressortissant ou la société de l'une des Parties contractantes est parvenu à un accord avec l'autre Partie contractante comme prévu à l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'Article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

Article 11

1. Les différends qui surgiraient entre l'une des Parties contractantes et un ressortissant ou une société de l'autre Partie contractante au sujet des investissements, devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable entre les Parties en litige.

2. Si un différend ne peut être résolu dans le délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une des Parties l'aura soulevé, le ressortissant ou la société pourra soumettre celui-ci non seulement à la juridiction nationale de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été fait, mais aussi, à tout moment à un arbitrage international.

Dans ce dernier cas, l'affaire engagée devant les tribunaux est considérée comme close. Dans la mesure où un règlement du litige devant un tribunal arbitral est poursuivi, et où les Parties contractantes ne conviennent pas d'un accord différent, le désaccord est soumis à une procédure d'arbitrage dans le cadre de la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États.

3. La décision arbitrale aura un caractère contraignant et ne pourra faire l'objet d'aucun recours ou action en justice autre que ceux prévus dans ladite Convention. Elle sera exécutée conformément aux dispositions de la législation interne.

4. Lors d'une procédure d'arbitrage ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, la Partie contractante, partie au différend, ne fera pas valoir comme objection le fait que le ressortissant ou la société de l'autre Partie contractante a été dédommagé partiellement ou entièrement par une assurance.

Article 12

Le présent Traité est valable, que des relations diplomatiques ou consulaires existent entre les Parties contractantes ou non.

Article 13

1. Le présent Traité est soumis à ratification et l'échange des instruments de ratification aura lieu à Bonn dès que possible.

2. Le présent Traité entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification. Il le demeurera pendant une période de dix ans et sera ensuite reconduit pour une période indéterminée, sauf dénonciation par l'une des Parties contractantes moyennant un préavis écrit de douze mois avant son expiration. Au bout de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, avec un préavis de douze mois.

3. Les dispositions 1 à 12 du présent Traité continueront à s'appliquer aux investissements réalisés avant la date de l'expiration du présent Traité pendant vingt ans encore après la date à laquelle le présent Traité aura cessé de produire ses effets.

Fait à Asunción, le onze août mille neuf cent quatre-vingt-treize en deux exemplaires, chacun en langues espagnole et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour la République du Paraguay :

ALEXIS FRUTOS VAESKEN

Pour la République fédérale d'Allemagne :

HEINZ SCHNEPPEN

PROTOCOLE

Lors de la signature du Traité entre la République du Paraguay et la République fédérale d'Allemagne relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés ont adopté en outre les dispositions ci-après, qui sont considérées comme partie intégrante du Traité :

1. S'agissant de l'article premier :

a) Les revenus d'un investissement et ceux afférents à leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement initial;

b) Sans préjudice d'autres méthodes de détermination de la nationalité, est considéré, en particulier, comme ressortissant d'une Partie contractante, tout détenteur d'un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie contractante en question. Le Traité ne s'appliquera pas aux investisseurs qui sont des nationaux des deux Parties contractantes.

2. S'agissant de l'article 2 :

a) Jouissent de l'entière protection du présent Traité, les investissements qui, conformément aux dispositions législatives de l'une des Parties contractantes, ont été effectués dans le cadre de la loi de cette Partie et sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante;

b) Pour ce qui est de la République fédérale d'Allemagne, le présent Traité s'appliquera également aux régions de la Zone économique exclusive et du plateau continental, dans la mesure où le droit international permet à la Partie contractante concernée l'exercice des droits de souveraineté ou de juridiction dans ces zones.

3) S'agissant de l'article 3 :

a) Par "activités" au sens du paragraphe 2 de l'article 3, on entend en particulier, mais non exclusivement l'administration, l'emploi, l'utilisation et la mise à profit d'un investissement. Par "traitement moins favorable" au sens de l'article 3, on entend en particulier : les restrictions à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tous types, les entraves à la vente de produits dans le pays et à l'étranger et toute mesure ayant des effets analogues. Les mesures adoptées pour des raisons de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou de moralité, ne sont pas considérées comme traitement "moins favorable" au sens de l'article 3;

b) Aux termes des dispositions de l'article 3, une Partie contractante n'est pas tenue d'accorder aux personnes physiques et aux sociétés sur le territoire de l'autre Partie contractante les avantages, exonérations et abattements fiscaux dont la législation fiscale dispose. Seules les personnes physiques et les sociétés domiciliées sur son territoire peuvent en bénéficier;

c) Les Parties contractantes examinent avec bienveillance, conformément à leur législation interne, les demandes d'entrée et de séjour émanant de personnes de l'autre Partie contractante qui, à l'occasion d'un investissement souhaitent pénétrer sur le territoire de la première Partie contractante; la même règle vaudra pour les salariés d'une Partie contrac-

tante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail sont également examinées avec bienveillance.

4) S'agissant de l'article 4 :

Le droit à l'indemnisation est reconnu même en cas d'intervention de la puissance publique dans la société qui est l'objet de l'investissement, et lorsque cette intervention cause un préjudice économique considérable pour la substance économique de cette société.

5) S'agissant de l'article 7 :

On considère qu'un transfert est effectué "sans délai", au sens du paragraphe 1 de l'article 7, lorsqu'il est réalisé dans le délai normalement nécessaire pour l'accomplissement des formalités de transfert. Ce délai, qui ne pourra en aucun cas excéder une durée de deux mois, commencera à courir au moment de la remise de la demande correspondante.

6) S'agissant de l'article 9 :

Le présent Traité ne s'appliquera pas aux divergences ou différends survenus avant son entrée en vigueur.

7) Pour ce qui est du transport de marchandises et de personnes, dans le cadre de la réalisation d'investissements, une Partie contractante n'interdit ni n'entrave les activités de sociétés de transport de l'autre Partie contractante et, en tant que de besoin, accorde les autorisations nécessaires pour l'exécution des transports. Par "transport", on entend le transport :

a) De marchandises destinées à un investissement au sens du présent Traité, ou achetées sur le territoire d'une Partie contractante ou d'un État tiers par une entreprise ou à la suite d'une commande d'une entreprise dans laquelle un investissement a été effectué au sens du présent Traité;

b) De personnes qui effectuent des voyages ayant trait à la réalisation d'investissements.

Fait à Asunción, le 11 août mille neuf cent quatre-vingt-treize, en deux exemplaires, chacun en langues espagnole et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour la République du Paraguay :

ALEXIS FRUTOS VAESKEN

Pour la République fédérale d'Allemagne :

HEINZ SCHNEPPEN

